

Kanarische Inseln am Limit: Rekord-Influx von Migranten überfordert Regierung

Knapp 2800 Migranten erreichen die Kanaren, regionale Politik fühlt sich von Madrid im Stich gelassen, fordert EU-Hilfe.



Fast 2800 Migranten sind in der letzten Woche auf den Kanarischen Inseln eingetroffen. Damit bestätigt sich die Prognose der dortigen Regierung, dass im Herbst und Winter die Zahl der Flüchtlinge aus Afrika erheblich steigen wird. Die Situation veranlasst die regionale Politik zu scharfer Kritik an der Zentralregierung in Madrid.

Jacob Qadri, der Vorsitzende der christlich-konservativen und wirtschaftsliberalen Partido Popular (PP) auf den Kanarischen Inseln, beschuldigt die spanische Regierung der Untätigkeit. Er spricht von schwerwiegenden Folgen für die Inseln aufgrund des

fehlenden Eingreifens der Zentralregierung. Qadri betont, dass die spanischen Behörden auf das massive Eintreffen von Migranten am Wochenende nicht reagiert hätten. Diese Untätigkeit während der sogenannten „Migrationskrise“ habe untragbare Konsequenzen für die Region, erklärte der Politiker weiter.

Zahl der Migrantenankünfte steigt

PP-Vertreter Qadri wirft der sozialistischen Regierung vor, die Realität zu ignorieren und das Problem bewusst außer Acht zu lassen. Er fordert, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex eingeschaltet wird. Aktuell würden die Kanarischen Inseln keine Art von Unterstützung oder Lösungsansätzen aus Madrid spüren.

Die Kanaren-Regierung setzt sich dafür ein, Lösungen direkt an der Quelle zu finden. Es sei dringend notwendig, mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu kooperieren, um die Fluchtursachen zu bekämpfen. Auch die Grenzverwaltung in diesen Ländern müsse verbessert werden, fügte Qadri hinzu.

Überlastung und Druck auf die Betreuungsstrukturen

Besonders belastend sei die Betreuung der vielen minderjährigen Migranten. Laut spanischem Gesetz müssen die Autonomen Gemeinschaften die unbegleiteten Minderjährigen aufnehmen und betreuen. Auf den Kanaren sind es derzeit über 5300 Minderjährige, und die Auffanglager sind bereits überfüllt. Der Streit um die solidarische Umverteilung dieser Minderjährigen sorgt seit Monaten für Spannungen in ganz Spanien.

Qadri fordert die Zentralregierung zudem auf, in Europa für mehr Unterstützung zu werben. Die Autonomen Gemeinschaften müssten finanziell kräftiger unterstützt werden, um die anstehenden Herausforderungen, insbesondere in der

Betreuung der minderjährigen Migranten, bewältigen zu können. Schließlich müsse Spanien in Migrationsfragen von der Europäischen Union ähnlich unterstützt werden wie Griechenland oder Italien, betonte der PP-Chef.

Einige Parteien bezeichnen die Kanarischen Inseln bereits als "spanisches Lampedusa". Laut dem Innenministerium könnten bis Ende des Jahres bis zu 89.000 Migranten auf den Inseln ankommen, was eine neue Jahreshöchstmarke seit Beginn der Zählungen wäre. Dies würde die Situation weiter verschärfen und den Druck auf die bereits überlasteten Kapazitäten der Region erhöhen.

Mehr Details zu diesem Thema finden sich in einem ausführlichen Bericht **auf www.teneriffa-news.com**.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de